

Nachrichten

Putin-Lager mobilisiert Zehntausende

Moskau (dpa/nd). Zwei Wochen vor der Präsidentenwahl in Russland hat das Lager von Ministerpräsident Wladimir Putin bei Kundgebungen Zehntausende auf die Straße gebracht. Bei der größten Veranstaltung demonstrierten am Sonnabend in Putins Heimatstadt St. Petersburg nach Polizeiangaben rund 60 000 Menschen für ein »Starkes Russland unter einem starken Präsidenten Putin«. Trotz eisiger Temperaturen gingen vor allem in Sibirien Zehntausende für einen Sieg des Regierungschefs bei der Wahl am 4. März auf die Straße. »Wo Putin ist, ist der Sieg« und »Wir glauben an Putin« hieß es auf Transparenten. Zahlreiche Teilnehmer trugen eine Schleife mit den russischen Nationalfarben am Revers. Moskau war von den Versammlungen ausgenommen. Am Sonntag demonstrierten Hunderte mit einem Autokorso durch Moskau gegen Putin.

Nordkorea warnt den Süden

Seoul (dpa/nd). Die Lage an der umstrittenen Seegrenze zwischen Süd- und Nordkorea im Gelben Meer bleibt angespannt. Das nordkoreanische Militär drohte am Sonntag über die staatlichen Medien des Landes mit »gnadenlosen Vergeltungsschlägen«, sollte Südkorea bei geplanten Schießübungen an diesem Montag die Grenze zu den nordkoreanischen Gewässern verletzen. Pjongjang sprach von vorsätzlicher Provokation.

Senegal: Protest gegen Kandidatur Wades

Dakar (AFP/nd). Gut eine Woche vor der Präsidentschaftswahl in Senegal hat es am Wochenende in der Hauptstadt Dakar erneut gewaltsame Proteste gegeben. Die Polizei ging mit Tränengas und Wasserwerfern gegen Hunderte Steine werfende Jugendliche vor, die auf einen zentralen Platz ziehen wollten. Trotz eines Demonstrationsverbots protestiert die Opposition in Dakar seit Tagen gegen die erneute Kandidatur des Amtsinhabers Abdoulaye Wade.

Barrikaden bleiben

Pristina/Belgrad (dpa/nd). In Nordkosovo dauern die serbischen Blockaden an Grenzübergängen und wichtigen Transitrouten. Berichten zufolge an. Die Behauptung der Schutztruppe KFOR, die Straßen seien wieder frei befahrbar, sei falsch, meldete die Zeitung »Politika« in Belgrad. Die Zufahrten zu den Grenzübergängen Jarinje und Brnjak sowie zentrale Punkte an den Durchgangsstraßen seien weiter blockiert.

Woher der Zorn auf Putin?

Der Politologe Alexander Charlamenko über die russische Protestbewegung



Der Moskauer Politologe **Alexander Charlamenko** (55), promovierter Philosoph, Abteilungsleiter am Lateinamerika-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften.

Gudrun Havemann befragte ihn zur Situation in Russland vor den Präsidentschaftswahlen am 4. März.

Foto: privat

● Welche Rolle spielt Russlands Linke in der Protestbewegung, die nach den Dumawahlen am 4. Dezember entstand?

Die Protestwelle weckte vor allem bei der Jugend Begeisterung. Deren Vertreter, besonders die Linksradikalen um Sergej Udaltow, hatten in vielen Regionen die ersten Meetings organisiert – teils gemeinsam mit der KPRF, vor allem dort, wo es die frechesten Wahlfälschungen zu Lasten der KPRF gegeben hatte. Udaltow selbst wurde jedoch rasch festgenommen, verhaftet wurden auch eine Reihe von ersten Sekretären der Gebietspartei-Komitees.

Die Kundgebungen wurden dann bald durch die rechte bürgerliche Opposition vereinnahmt. Dass die rasch aufsattele, um den Prozess nicht den Kommunisten zu überlassen, ist verständlich. Weniger einsichtig war mir, welches traurige Bild die KPRF dabei abgab. Am 18. Dezember war die Rede ihres Vorsitzenden Gennadi Sjuganow die zähmste, am 24. erschienen nur noch einzelne Delegierte, keine Spur von Mobilisierung der Parteimassen. So fiel die Organisation der Kundgebungen in die Hände der Rechtspopulisten, die politischen Widersachern entweder gar nicht das Wort erteilten oder ihnen das Mikrofon während der Rede abschalteten.

● So erklärt sich also die Abwesenheit sozialer Forderungen?

Ja, selbst unsere professionellen Ökologen wussten nur die Losung »Nieder mit Putin« vorzubringen. Bevor am 24. Dezember der Führer der verbotenen ultranationalistischen »Bewegung gegen gesetzwidrige Immigration« ans Mikrofon trat, heizte der Moderator das Publikum an: »Wollt ihr

Nemzow als Präsidenten?« – »Nein!« – »Wollt ihr Jawlinski als Präsidenten?« – »Nein!« – »Wollt ihr Alexej Nawalny als Präsidenten?« – »Ja!« Der Messias erschien daraufhin und verkündete: »Wozu brauchen wir Parteien? Wir sind selbst die Partei, wir, die hier versammelten 200 000. Wenn wir wollten, könnten wir den Kreml und das Weiße Haus stürmen! Wir sind die Macht!« Die Emotionen vieler Teilnehmer kochten hoch, ihr Verstand war vernebelt.

Auf Nawalny folgte der ehemalige Finanzminister Alexej Kudrin, ein dem IWF und der Weltbank am nächsten stehender Akteur des neuen Russlands, der – obwohl angeblich Putins Freund – abgesetzt worden war, nachdem er in Washington öffentlich das Regime kritisiert hatte, für das er stand. Nun rief er zur Demokratie auf und schlug vor, Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen, als deren Vermittler er fungieren würde.

● Wahlmanipulationen hat es in Russland auch früher schon gegeben, ohne dass sie große Proteste hervorgerufen hätten.

Tatsächlich haben die kaum verheimlichten Wahlfälschungen in den Jahren zuvor unter Jelzin und Putin offenbar weder die Ultralinken oder die Intellektuellen vom Schlage Garri Kasparows, noch die demokratiebewusste westliche Welt besonders gestört. Solange nämlich Putin noch nicht einen größeren Teil der herrschenden Klassen gegen sich aufgebracht hatte – sowohl der in Russland als auch der globalen. Darin sehe ich einen wichtigen Wendepunkt.

● Wodurch hat er deren Zorn auf sich gezogen?

Vor allem wohl dadurch, dass er eine stärkere wirtschaftliche Annäherung an China betrieb, die Integration ehemaliger Sowjetrepubliken einleitete, die Kontakte zu Venezuela und anderen links regierten lateinamerikanischen Staaten intensivierte und sich mit Dmitri Medwedjew um die Bewertung der libyschen Ereignisse im März 2011 stritt – er verurteilte die Aktionen der Gaddafi-Gegner.

Kurz darauf war US-Vizepräsident Joseph Biden in Russland und forderte, dass Putin sich nicht wieder als Präsidentschaftskandidat ins Spiel bringen sollte, andernfalls würden die USA die Opposition unterstützen – mit deren wichtigsten Vertretern er sich prompt traf.

● Demnach sind es die USA, denen Putin ein Dorn im Auge ist?

Ich denke, dass zwischen dem Regime Putin-Medwedjew und dem von den USA und der NATO vertretenen Lager scharfe Wider-

sprüche entstanden sind. Sie haben etwa dasselbe Ausmaß wie diejenigen, die zur Zerschlagung Libyens führten und nun auch Syrien und Iran drohen und die Angriffe gegen China verursachen. Regimes, die man als staatskapitalistisch bezeichnen muss und die noch mit frühsozialistischen »Restbeständen« behaftet sind – dazu gehört das Putin-Regime – fügen sich nicht gut in das heutige globale Herrschaftssystem ein. Versuche ihrer Führer, doch in dieses System aufgenommen zu werden, indem sie Loyalität, Marktkonformität oder demokratische Bemühungen demonstrieren, werden nicht belohnt. Im Gegenteil, sie enden letztlich mit ihrer Zerschlagung und Ersetzung durch Regimes, die der global herrschenden Klasse adäquater sind.

Oft wird aber nur eine Seite gesehen: Entweder hat man nur die aggressive Weltmachtspolitik der USA im Blick oder nur die inneren sozialen und politischen Kämpfe in arabischen, lateinamerikanischen oder osteuropäischen Staaten. Beide Seiten sind aber eng miteinander verknüpft und stehen in Wechselwirkung. Bisher behielt die rechte Reaktion darin leider die Oberhand.

● Und wie gehen die Präsidentschaftswahlen im März Ihrer Meinung nach aus?

Ich rechne mit einem Sieg Putins – einen normalen Verlauf und keine neuerlichen internationalen Erschütterungen vorausgesetzt. Für einen größeren Teil der Bevölkerung, vor allem in den Regionen, gilt Putin als das geringere Übel.

Wie allerdings die Sache ausgeht, wenn die Wahlergebnisse massiv bestritten werden, kann keiner mit Sicherheit sagen. Und wenn es zeitgleich wieder zu einem Ausbruch tragischer Ereignisse etwa im Nahen oder Mittleren Osten kommen sollte, hätte das zweifellos Auswirkungen auf Putins Stellung.

Es gibt noch eine andere Gefahr: Selbst wenn Putin eindeutiger Wahlsieger und Medwedjew Ministerpräsident werden sollten, hat letzterer schon verlauten lassen, er beabsichtige, eine große Koalition zu bilden, in die vermutlich einige Führer des bürgerlichen Lagers aufgenommen werden würden. Die Würden der Politik einen Rechtsruck bescheren, wie er in der Ukraine nach der Wahl Viktor Janukowitschs stattfand. Auch der galt als kleineres Übel und bildete dann eine Rechtsregierung mit Leuten, gegen die zuvor die Mehrheit der Bevölkerung gestimmt hatte.

Eine längere Fassung des Interviews erscheint in der Märzausgabe der »Marxistischen Blätter«.



Putin-Gegner am 4. Februar in Moskau

Foto: dpa/Sergej Ilizki

Referendum in Lettland zeigt Gräben

Mehrheit gegen Russisch als zweite Staatssprache

Von Detlef D. Pries

Wie erwartet, hat sich die große Mehrheit der stimmberechtigten Bürger Lettlands bei einem Referendum am Sonnabend gegen eine Verfassungsänderung ausgesprochen, durch die Russisch neben Lettisch zur zweiten Staatssprache der Ostseerepublik erhoben worden wäre.

Lettlands Präsident Andris Berzins dankte allen »aufrichtigen Patrioten«, die für Lettland und das Lettische gestimmt hätten. Das Referendum über die Einführung einer zweiten Staatssprache bedrohte nach Berzins' Auffassung »eine der heiligsten Grundlagen der lettischen Verfassung – die Staatssprache«.

Dieser »Bedrohung«, ausgelöst durch eine Unterschriftenaktion der Vereinigung »Muttersprache«, widersetzten sich nach vorläufigen Angaben gut 820 000 Abstimmungsteilnehmer, knapp 75 Prozent. Ein Viertel der Wähler – mehr als 270 000 – wollten dagegen Russisch zur zweiten Amtssprache erheben. Die Beteiligung lag bei etwa 71 Prozent – so hoch wie bei keinem früheren Referendum seit der Trennung Lettlands von der UdSSR. Nicht einmal die Volksabstimmung über den EU-Beitritt lockte so viele Wähler an die Urnen. Berücksichtigt man, dass fast 320 000 »Nichtbürger« kein Wahlrecht besitzen, widerspiegelt das Ergebnis etwa die Zusammensetzung der Bevölkerung und die Gräben in der Gesellschaft. Von rund 2,3 Millionen Bewohnern des Landes sind rund ein Drittel Nicht-Letten.

Das Referendum sei den »zahlreichen Problemen und Fehlern« in der Nationalitätenpolitik der vergangenen 20 Jahre geschuldet, sagte Rigas Bürgermeister Nils Usakovs, Chef des Parteienbündnisses »Harmoniezentrum«, das vorwiegend von Russischsprachigen gewählt wird. Obwohl aus den Wahlen im Herbst 2011 als stärkste Kraft im Parlament hervorgegangen, wurde es bei der Regierungsbildung ignoriert.

Die Initiatoren der Abstimmung äußerten sich trotz ihrer Niederlage zufrieden. Ihr Ziel sei gewesen, einen Dialog anzuregen, und das sei gelungen, auch wenn es zeitweise »hysterisch« dabei zugegangen sei. »Das Referendum ist nicht das Ende, sondern erst der Anfang«, sagte Vladimirs Lindermans von der Organisation »Muttersprache«. Die russischsprachige Minderheit werde den Kampf für gleiche Rechte fortsetzen. Minimalziel ist das Wahlrecht für »Nichtbürger« wenigstens bei Stadtratswahlen. *Kommentar S. 4*

Hollandes Kniefall vor den Finanzmärkten

Sozialistischer Präsidentschaftskandidat sah in Frankreich keine Kommunisten mehr

Von Ralf Klingsieck, Paris

Die Aussage François Hollandes, es gebe heute in Frankreich »keine Kommunisten mehr«, hat zu ersten Verstimmungen bei denen geführt, auf deren Unterstützung der Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei im zweiten Wahlgang angewiesen sein wird.

Im Januar hatte François Hollande zum Auftakt seines Wahlkampfes in Le Bourget bei Paris den Finanzmärkten den Kampf angesagt. »Sie kandidieren nicht, sie sind nicht gewählt, und doch regieren sie – schrankenlos und zynisch«, rief er unter dem Beifall von mehr als 20 000 Anhängern. Der britische »Guardian« aber überschrieb ein Interview mit dem französischen Präsidentschaftskandidaten kürzlich: »François Hollande will Großbritannien und die Londoner City beruhigen«. Da-

rin erklärte der Sozialist: »In den 80er Jahren war alles noch anders. Es herrschte Kalter Krieg, es gab Angst vor sowjetischen Panzern auf dem Pariser Place de la Concorde und dann berief Mitterrand auch noch kommunistische Minister in seine Regierung. Heute gibt es in Frankreich keine Kommunisten mehr. Die Linke war 15 Jahre lang an der Regierung, wir haben die Wirtschaft liberalisiert, wir haben die Märkte für die Finanzwelt und für Privatisierungen geöffnet. Es besteht wirklich kein Grund zur Furcht.«

Diese Worte stünden »in eklatantem Widerspruch zu den Realitäten«, empörte sich FKP-Nationalsekretär Pierre Laurent. Jean-Luc Mélenchon, Präsidentschaftskandidat der Linksfrente aus FKP und Partei der Linken, nannte sie »Ausdruck der Arroganz und Geringschätzung der Sozialisten gegenüber den Kommunisten«.

Diese Haltung ist nicht neu. Vor den Präsidentschaftswahlen 1981 hatte François Mitterrand intern die Strategie verkündet, die Kommunisten zu »umarmen« und ihre Wähler auf die eigene Seite zu ziehen. Das gelang den Sozialisten in erheblichem Maße. Hatte die KP früher 700 000 Mitglieder, sind es heute kaum mehr als 100 000.

Und dennoch: Um im Mai Präsident zu werden und anschließend eine Parlamentsmehrheit um sich zu sammeln, ist Hollande auf Kommunisten und ihre Anhänger angewiesen. Wenngleich er sich nicht zu einer Entschuldigung durchringen konnte, musste er also Tage nach dem Interview bei einer Veranstaltung in Saint-Etienne zurückrudern. »Es gibt in Frankreich Kommunisten und eine kommunistische Partei«, räumte er ein, »aber sie sind nicht mehr das, was sie 1981 waren. Seinerzeit brachten sie es auf 20

bis 22 Prozent der Stimmen, heute sind es bestenfalls 10 Prozent.«

Diese halbherzigen Worte reichten den Jungkommunisten in Saint-Etienne jedoch nicht aus. Ihre lautstarken Proteste zwangen den PS-Kandidaten eine halbe Stunde später zu einer weiteren Erklärung: »Die Linke hat schon mit den Kommunisten regiert. Es ist gut, dass es noch Kommunisten gibt. Ich habe Respekt vor Jean-Luc Mélenchon und der Linksfrente und ich hoffe, dass es zu einer Sammlung der Linken mit all ihren Strömungen kommt.«

FKP-Politikerin Marie-George Buffet resümierte: »Indem er die Londoner City zu beruhigen versuchte, hat er uns alles andere als beruhigt. Auch wenn Meryl Streep mit ihrer Filmrolle das Bild von Margret Thatcher erfolgreich aufgebessert hat, ist das noch kein Grund, den Sirenen des Liberalismus auf den Leim zu gehen.«

ANZEIGE ND LESERREISEN

DONAU, SO BLAU ...

8-Tage-Kreuzfahrt mit MS Amadeus Rhodosya
ÜNP: Passau - Bratislava - Budapest - Fajsz (Kolozsca) - Esztergom - Wien - Emmersdorf (Mellk) - Passau; Willkommens- u. Gala-Dinner, Musikprogramm; 2-tägige Reisebegleitung. Inklusive Bus- u. Bahntransfer Berlin - Passau u. zurück!

pro Person in 2-Bett-Außenkab. Haydn-Deck/Glückskabine € 919,-
Haydn-D./normale Fenster € 1019,-
Strauss-D./Panoramafenster € 1269,-
Mozart-D./Glaschiebetüren € 1369,-
Ausbaukabinen zur Erhöhung auf 4 Plätze
*Glückskabine bei weiterer Anpreisung

09.05. - 16.05.2012

Ausführliche Reisebeschreibung, nd-Leserreisen, Franz-Mehr-Ing-Platz 1, 10243 Berlin oder Fax: 030/2978-1050 | leserreisen@nd-online.de | www.neues-deutschland.de/leserreisen

neues deutschland